

171019

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich bedanke mich, und zwar beim ganzen Sozialausschuss für die gute und konstruktive Arbeit im letzten Jahr. Ich möchte in meinen Dank grundsätzlich alle einbeziehen.

Nun zum Sozialhaushalt. Wir haben 23 Anträge gestellt. Alle 23 Anträge wurden leider abgelehnt. Sie werden verstehen, dass wir diesem Teilhaushalt leider nicht zustimmen können.

Das erste Beispiel, und das möchte ich hier ganz deutlich aufzeigen, ist das Blindengeld für die schwerbetroffene Gruppe. Es ist kein positives Zeichen, wenn dieses Geld erst 2018 bezahlt werden soll. Ich zitiere immer die Frau Ministerin, die sagt: Die Stärke einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. – Gerade die Gruppe der schwer Sehbehinderten mit einer Behinderung des Sehvermögens von 2 bis 5 % ist hier konkret betroffen, Frau Ministerin. Es geht nur um 166 Euro pro Monat. Das hätte die Staatsregierung machen müssen. Ich finde das ganz wichtig. Das hat die Staatsregierung aber nicht hinbekommen. Deshalb ist das ein schwacher Start für das Jahr 2017.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

171023

Ein zweites Beispiel. Hier geht es um das Ehrenamt. Herr Hintersberger sollte besonders zuhören. Bayern ist das Land des Ehrenamtes. 47,5 % der Bürger engagieren sich. 2009 waren es nur 36 %. Wir sagen, das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Ge-

sellschaft zusammenhält. Ehrenamtliche engagieren sich sehr stark, das taten sie vor allem auch im letzten Jahr bei der Flüchtlingshilfe. Das möchten wir immer wieder betonen. Wir wissen, dass wir in Bayern eine Anerkennungskultur haben. Diese Anerkennungskultur müssen wir aber verbessern.

Zunächst zur Ehrenamtskarte: Sie wissen, es gibt 120.000 Bürger, die haben diese Karte bekommen. Die Karte gibt es in 79 von 96 Landkreisen, es gibt sie aber leider nicht in München. Wir müssen deshalb überlegen, was wir tun können, damit auch in München die Ehrenamtskarte eingeführt wird. Es gibt 5.000 Akzeptanzpartner, die in den Kommunen und so weiter diese Vorteile anbieten. Allerdings, wenn ein Landkreis eine Ehrenamtskarte einführt, bekommt er vom Freistaat nur 5.000 Euro. Das ist zu wenig. Die Landkreise müssen nämlich Leute einstellen, und in der Regel stellt jeder Landkreis dafür eine hauptamtliche Kraft ein. Ich meine, die Ehrenamtskarte ist das Aushängeschild des Freistaats. Der Freistaat muss deshalb die Kommunen stärker unterstützen. Herr Staatssekretär, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Karte wird nämlich in den Kommunen umgesetzt, deshalb brauchen wir eine stärkere Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat. Auch dazu haben wir einen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

171026

Wie kann das ehrenamtliche Engagement gesteigert werden? – Da möchte ich Sie zitieren, Herr Hintersberger. Sie sagten vor einigen Wochen:

Besonders beeindruckt mich zudem Schulen, die fachliches Lernen mit gesellschaftlichem Engagement von Schülern verbinden. Nach dem Motto: "Lernen durch Engagement". Dies geschieht als Teil des Unterrichts und eng verbunden mit dem fachlichen Lernen. Das halte ich für einen zukunftsweisenden Weg

171028

In Bayern gibt es aber leider nur 20 Schulen, die solches "Service-Learning" anbieten, das wissen Sie, Herr Hintersberger. Wir brauchen solche Vorzeigeschulen in Bayern aber flächendeckend und nicht nur Modelle an 20 Schulen. Sie waren das letzte Mal bei unserem "Runden Tisch Ehrenamt" am 12.11.2016 dabei. Da wurde das Modell des Gymnasiums in Bamberg besprochen. Ich möchte Sie bitten, solche guten Modelle zu unterstützen. Das ist ganz wichtig. Ich begrüße es deshalb ganz ausdrücklich, dass das Sozialministerium im Jahr 2017 das Thema "Service-Learning" zum Schwerpunktthema machen will. Dieses Thema müssen wir dann aber auch konkretisieren. Wir unterstützen Sie dabei. Wir brauchen dann allerdings auch viel mehr Schulen, die das machen. Dafür müssen wir auch Gelder einsetzen, Herr Staatssekretär. Das ist ganz wichtig. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb ein Antrag der FREIEN WÄHLER zur Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement von der CSU abgelehnt wurde. Das passt einfach nicht zusammen. Sie wollen das Ehrenamt fördern. Wir wollen das Ehrenamt fördern. Wir wollen die Schulen einbeziehen. Dafür muss man dann aber auch mehr Geld ausgeben.

Integration ist eine Daueraufgabe, auch noch nach der Marathonsitzung letzte Woche. Wir haben die Flüchtlingskrise zwar gut gemeistert. Das gelang aber dank der vielen

Ehrenamtlichen, die sich engagiert haben, und dank der Kommunen, die sich massiv eingesetzt haben, aber auch dank der Landräte und der Bürgermeister. Deshalb möchte ich mich dafür ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

171031

Das Integrationsgesetz wurde letzte Woche beschlossen. Wir wollen mal schauen, wie die Umsetzung erfolgt. Wir hoffen, dass die Kommunen ausreichend finanzielle Mittel erhalten und dass es nicht zu einer Politik nach Kassenlage wird. Das haben wir immer wieder kritisiert.

Auch das Beispiel Deutschkurs möchte ich hier noch einmal nennen. Deutschkenntnisse sind sehr wichtig. Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Jeder, der Deutsch lernen will, muss auch Unterstützung vom Staat bekommen. Das muss in Bayern flächendeckend geschehen.

181001

Das ist bisher nicht der Fall.

181002

Ein neuer Aspekt: Wir haben eine neue Integrationsbeauftragte, Frau Kerstin Schreyer. Sie ist leider nicht hier. Herr Unterländer, Sie geben meine Hinweise weiter. Frau Schreyer tritt erst im März ihren Dienst an und hat gesagt, sie will vorher zu diesem Thema nichts sagen. Lassen wir es mal so stehen.

181003

Ich habe einige Wünsche an die neue Integrationsbeauftragte. Frau Schreyer, berufen Sie einen Integrationsrat ein, der effektiv arbeitet! Circa 80 Mitglieder hat er nach dem aktuellen Stand. Das sind einfach zu viele. Machen Sie zeitliche Vorgaben zur Zahl

der jährlichen Sitzungen! Bisher gab es die überhaupt nicht. Die eingerichteten sogenannten Ad-hoc-Ausschüsse boten keine optimalen Lösungen, weil man von den Ergebnissen fast nie oder nur rein zufällig erfuhr.

181004

Nehmen Sie den Integrationsrat wirklich ernst, und fassen Sie regelmäßig Beschlüsse! Wenn Sie nachsehen und nachfragen, merken Sie, der Integrationsrat in Bayern hat den letzten Beschluss im Jahr 2013 gefasst. Die Mitglieder des Integrationsrates fühlten sich dadurch nicht ernst genommen. Wir wollten zum Beispiel auch über das Integrationsgesetz abstimmen. Ein Vertreter des Ministeriums hat dazu gesagt, das bräuchten wir nicht, es genüge, wenn wir eine Diskussion ohne Abstimmung führen.

181005

Weiter bitte ich Sie: Geben Sie einen regelmäßigen Integrationsbericht im Sozialausschuss und warten Sie nicht fünf Jahre! So kann man das Integrationsgesetz nämlich auch interpretieren. Das wäre viel zu spät. Machen Sie es regelmäßig, einmal im Jahr. Das ist wichtig, gerade bei einem so bedeutenden Zukunftsthema.

181006

Nutzen Sie die Erfahrungen der 26 Integrations- und Ausländerbeiräte! Informieren und motivieren Sie, dass die Wahlbeteiligung steigt! Es wird oft kritisiert, dass sie zu gering ist.

181007

Nutzen Sie den Spielraum, den Ihnen das neue Gesetz bietet! Binden Sie alle Mitglieder des Integrationsrates sozusagen als "freiwilliges Muss" in Ihren Entscheidungsprozess ein!

181008

Mein Wunsch an Frau Schreyer, die nicht da ist – –

(Die Abgeordnete Kerstin Schreyer (CSU) erhebt sich und winkt dem Redner zu)

181010

– Oh, da ist sie!

(Allgemeine Heiterkeit – Kerstin Schreyer (CSU): Nur für Sie, Herr Fahn!)

181013

– Das ist sehr nett.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist er gewohnt! – Kerstin Schreyer

(CSU): Ich unterhalte mich gerne mit Ihnen! Ich höre Ihnen auch zu!)

181016

– Ja, aber meine Redezeit läuft jetzt weiter. Sie müssten mir eine Zwischenfrage stellen.

(Kerstin Schreyer (CSU): Da müsste man fast normal miteinander reden anstatt

am Mikro, gell! – Heiterkeit bei der CSU)

181019

– Ja, das stimmt. – Machen Sie den Integrationsrat zu einem Beteiligungsgremium. Bisher war er nämlich nicht so effektiv. Ich war beim Integrationsrat dabei. Sie fangen im März an.

181020

Mir geht es um Folgendes, Frau Schreyer – Sie sagen ja im Moment noch nichts, haben Sie gesagt, sondern erst ab März – –

(Kerstin Schreyer (CSU): Ich unterhalte mich mit Ihnen immer gerne! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

181023

– Ach so. Aber Sie sagen im Parlament nichts. – Es geht um Transparenz und, wie ich sagen muss, um ernsthafte Beteiligung.

181024

Jetzt geht es um ein anderes Thema, das auch schon angesprochen wurde: Erstattung des Freistaates im Bereich Asyl. Zwar übernimmt der Freistaat einen Kostenanteil für junge Flüchtlinge. Aber das ist noch nicht das Ergebnis, welches wir uns gewünscht haben. Zusätzliche Gelder wurden bereitgestellt. Heute liegen die zu zahlenden Beträge für junge Flüchtlinge zwischen 18 und 21 Jahren bei 120 Euro pro Tag. Aber in allen Bundesländern – Herr Fackler, das müssten Sie schon wissen – wird diese Summe voll bezahlt. Der Freistaat Bayern übernimmt nur 30 bis 40 Euro, also bis zu einem Drittel. Man kann sagen: Der Bezirkstag hat hart gekämpft, aber eben nur das Drittel erreicht. Wir müssen insgesamt noch ein bisschen mehr erreichen. Wir sehen hierin eine ganz wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

181025

Es wird immer behauptet, der Freistaat sei sehr kommunalfreundlich. Beim Thema Asyl muss man ganz klar einwenden, dass die Personalkosten leider nicht bezahlt werden. Die Kommunen müssen die Personalkosten bezahlen. Sie betragen in der Regel 1 % der Kreisumlage. Hier wurde einiges getan, aber es gibt noch einen gewissen Nachholbedarf; und den möchten wir konkret einfordern.

181026

Stichwort kulturelle und heimatpolitische Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge: Positiv zu vermerken ist der Bau des Sudetendeutschen Museums. Infolgedessen gibt es viele Ausgabensteigerungen. Liebe CSU, vergessen Sie bei diesem wichtigen Projekt aber nicht die vielen anderen Landsmannschaften in Bayern. Vergessen Sie nicht

die Schlesier, vergessen Sie nicht die Russlanddeutschen, die auch solche Anlaufstellen suchen. Wir haben jetzt Gott sei Dank eine in Fürth gefunden. Aber sie fragen natürlich auch immer nach: Wo konkret ist der Freistaat? Auch die Russlanddeutschen zum Beispiel sind sehr wichtig. Auch sie brauchen eine sichere Finanzierung. Hier geht es auch um insgesamt gleichrangige Lebensverhältnisse in Bayern. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, demzufolge die Ausgaben für die Vertriebenenverbände noch ansteigen sollen. Wir bedauern, dass er abgelehnt wurde. Wir wollten eigentlich nur das Niveau von 2003 wiederherstellen. Damals wurde von Stoiber sehr vieles gekürzt. Diese Ausgaben müssen Sie in Zukunft erhöhen.

181027

Investitionen in die Zukunft unserer Kinder sind sehr wichtig. Der Besuch einer Kindertagesstätte ist für die Entwicklung und die Bildungschancen eines Kindes von großer Bedeutung. Wir FREIEN WÄHLER fordern seit Jahren eine solide staatliche Sockelfinanzierung der bayerischen Kitas; denn immer noch gibt es Probleme mit dem Verwaltungsaufwand, der Randzeitenbetreuung und der individuellen Familienbetreuung. Hier hätten wir uns mehr gewünscht. Dazu haben wir auch einen Antrag gestellt. Wir müssen bereit sein, die Zukunft unserer Kinder noch ernster zu nehmen. Bei den Kindern zu sparen, wäre ein Sparen an der falschen Stelle. Deswegen lautet unser Motto: die Zukunft unserer Kinder gestalten. Das wollen wir FREIEN WÄHLER in den nächsten Jahren offensiv angehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

181029

Es gibt nicht nur Kinder, sondern es gibt natürlich auch Senioren. Wir sagen Ja zu einer generationenübergreifenden Seniorenpolitik. Wir unterstützen die Landesseniorenvertretung, die sich für die Belange älterer Menschen einsetzt. Sie wird zwar vom Sozialministerium unterstützt, hat aber keinen eigenen Haushaltstitel, Frau Ministerin. Die Vertreter führten ein Gespräch mit Ihnen. Dabei haben Sie gesagt, das gehe nicht, das sei rechtlich nicht möglich. Frau Ministerin, das können wir nicht nachvollziehen. Vielleicht können Sie das noch erklären. Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, über den getrennt abgestimmt werden soll. Wir meinen, die Landesseniorenvertretung macht eine sehr gute politische Arbeit. Dafür braucht sie einen eigenen Haushaltstitel. Dann können sie frei über die Mittel verfügen, anstatt bei jedem Anliegen das Ministerium anbetteln zu müssen. Ein eigener Haushaltstitel für die Landesseniorenvertretung, Frau Ministerin Müller, das ist unser Wunsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

181031

Wir könnten hier natürlich noch viel anbringen, etwa zur Rentenproblematik und zur Altersarmut. Für uns ist wichtig, generationenübergreifend zu arbeiten, das heißt, generationenübergreifende Wohnprojekte zu fördern, zum Beispiel die echten Mehrgenerationenhäuser, in denen Jung und Alt zusammenwohnen. Davon gibt es einige in Bayern, nämlich 96. Es könnten mehr sein. Mehrgenerationenhäuser sind noch die Ausnahme. Dafür gibt es eine gewisse Anschubfinanzierung vom Ministerium, ich meine, circa 40.000 Euro. Diese Förderung könnte man insgesamt erhöhen; denn das wäre ein Beitrag zu einer generationenübergreifenden Politik in Bayern. Dabei haben

wir noch einen echten Spielraum. Deswegen bitten wir Sie, das in den nächsten Jahren umzusetzen.

181032

Zum Schluss noch das sehr wichtige Thema der Barrierefreiheit: Bayern soll bis 2023 komplett barrierefrei sein. Auch das ist ein Titel, der verwirrt, weil das Vorhaben ja nur die staatlichen Einrichtungen betreffen kann. Man kann sagen, zwei Drittel der Einrichtungen sind eigentlich nichtstaatlich. Diese Konvention meint eigentlich auch, dass alles komplett barrierefrei sein soll. Dafür ist zwar einiges getan; aber insgesamt ist es noch viel zu wenig; denn wir wollen die Barrierefreiheit flächendeckend in allen Gebäuden. Wir wollen zum Beispiel auch ein flächendeckendes Förderprogramm für alle Rathäuser. Sie sagen dann immer: Nehmt die FAG-Mittel. – Das ist insgesamt zu wenig zielführend. Wichtig wäre ein eigener Titel. Mit der Barrierefreiheit in allen Rathäusern fangen wir an. Damit wären wir schon einen Schritt weiter, sehr geehrte Frau Ministerin. Das wünschen wir uns.

181033

Zu meinem letzten Punkt – ich könnte noch viel mehr bringen, aber mein Kollege Bernhard Pohl möchte zu diesem wichtigen Thema auch noch etwas sagen –: Wir haben weitere Anträge gestellt; darin fordern wir unter anderem mehr Geld für die Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder, mehr Gelder für die Wohnungslosenhilfe in Bayern und eine stärkere Förderung der Teilzeit-Berufsausbildung. Dieses ganz wichtige Thema haben wir im Sozialausschuss behandelt. Dabei könnten wir noch viel mehr Leute unterstützen. Der Vorschlag von uns dazu lautet: 200.000 Euro pro Bezirk.

181034

Sie sehen: Es wurde schon viel getan; aber wir müssen noch viel mehr tun. Packen wir's an! – Ich bedanke mich für Ihre Anwesenheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lehnen Sie den Gesamthaushalt ab?)

181037

– Den Gesamthaushalt werden wir ablehnen, Herr Pfaffmann. Wenn Ihnen das ein Anliegen ist, darf ich Ihnen das schon vorab sagen. Das ist für Sie interessant.

221008

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Es geht mir noch einmal um die Kostenerstattung für junge Flüchtlinge im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Die Regelung haben Sie jetzt als guten Erfolg verkauft, aber Sie wissen, dass die Kosten nur zu einem Drittel erstattet werden. Alle anderen Bundesländer erstatten die Kosten voll. Das wissen Sie. Deshalb meine konkrete Frage: Kann ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass Sie oder die CSU-Staatsregierung die Förderung noch einmal erhöhen und die Kosten voll erstatten, wie es in allen anderen Bundesländern der Fall ist?

Meine zweite Frage: Es geht auch um eine Kostenreduzierung. Das ist schon klar. Statt einer pauschalen Kostenerstattung sollte eine bedarfsgerichtete und zielgerichtete Steuerung erfolgen, um Kosten zu senken. Haben Sie dazu schon konkrete Vorschläge? Das wäre auch ein wichtiges Zukunftsthema, das wir besprechen sollten.

271028

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, eine kurze Frage: Am 26. Februar 2016 besuchten wir zusammen eine Fachveranstaltung zur Weiterentwicklung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern. Diese Veranstaltung fand in Milbertshofen statt. Die Kollegin Ruth Waldmann war auch dabei. Das war eine sehr gute Veranstaltung. Seit dieser Zeit habe ich aber von Ihnen nichts mehr gehört. Damals hieß es, wir würden die ganzen Infos per E-Mail bekommen. Frau Ministerin, haben wir da etwas verpasst? Oder geben Sie uns heute bekannt, wie diese wichtige Sache weitergeführt wird?

401006

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, Sie haben von den positiven Erfahrungen der Gesundheitsregionen gesprochen, die Sie laufend ausweiten wollen. Das finde auch ich positiv. Ein Beispiel gibt es im Landkreis Miltenberg, wo drei verschiedene Arbeitsgruppen tätig sind und viele Veranstaltungen stattfinden. Das ist eine sehr positive Sache.

Daher stellt sich konkret die Frage: Wäre es nicht sinnvoll, dass wir in allen 96 Landkreisen in Bayern solche Gesundheitsregionen schaffen? Denn ich glaube, die Berichte sind überall positiv. Das wäre wirklich ein Schub nach vorne. Deswegen würde mich interessieren, wie Ihre Strategie aussieht. Sie haben selbst gesagt, Sie wollen jetzt noch 17 zusätzliche Gesundheitsregionen schaffen. Ich würde Sie unterstützen, wenn Sie das weiter vorantreiben.

Außerdem haben Sie gesagt, ambulant betreute Wohngemeinschaften sind gut. Sie fordern sie bei Veranstaltungen immer. Wie könnte man das konkret angehen? Soweit ich weiß, gibt es eine Anschubfinanzierung mit 40.000 Euro. Wie kann man eine stärkere Verbreitung solcher ambulant betreuter Wohngemeinschaften erreichen?

Eine weitere Frage: Es gibt erst neun Pflegestützpunkte, wie Sie gesagt haben. Warum gibt es nur neun? Und welche Ziele verfolgen Sie, damit sich die Zahl noch erhöht?

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

(Wolfgang Fackler)

...ie davon profitieren. Wir kümmern uns auch um die Menschen mit Handicap. Hierfür stehen im Doppelhaushalt über 675 Millionen Euro bereit. Ab 2018 werden wir unsere Mitbürger mit einer hochgradigen Sehbehinderung durch ein Teilblindengeld unterstützen. Dieses schlägt sich mit 12 Millionen Euro nieder.

142007

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ein Jahr zu spät!)

Wir geben auch viele freiwillige Leistungen. Hierzu zählen die Maßnahmen zur Prävention gegen Rechtsextremismus und gegen Salafismus. Diese neue Gefahr muss frühzeitig gebannt werden. Aus meiner Sicht ist der Ansatz bei der Jugendhilfe sehr erfreulich und nennenswert. Hier werden die Mittel bis zum ...

(Günther Knoblauch)

...rd gesagt, man hat vielleicht im Jahr 2018 Geld. Ja, warum denn nicht gleich 2017, lieber Herr Kollege? – Die Leute haben doch jetzt das Problem und nicht irgendwann in der Zukunft. Das ist doch der Auftrag, den wir eigentlich haben: den Leuten zur Seite zu stehen. So viel Geld kostet das doch nicht,

171004

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Zwölf Millionen!)

dass wir den Menschen, die besonders hart betroffen sind, nicht helfen.

(Emilia Müller)

...er Zuzug geringer war. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern entlastet seine Kommunen bei der Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Wir erstatten alle Kosten der Unterbringung. Wir rechnen mit den Kommunen spitz ab. Wenn jemand etwas anderes sagt, ist dies ganz einfach falsch.

241034

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nicht die Personalkosten!)

Der Freistaat wird die Kommunen in den kommenden Jahren auch bei der Versorgung der rund 10.500 Minderjährigen und jungen Volljährigen ganz erheblich unterstützen, die derzeit in Bayern im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden. Wir werden die bei der Jugendhilfe entstehenden Kosten für alle unbeglei...
